

BÜRGERINITIATIVE STILLE SCHIENE: „Abgeordnetengruppe Schienenlärm“ im Bundestag kritisch begleiten

Leisere Bremsen durchsetzen

Wie die Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim mitteilt, ist Anfang des Jahres im Deutschen Bundestag eine "Abgeordnetengruppe Schienenlärm" gebildet worden. Sie umfasse aktuell etwa 90 Parlamentarier aus allen Fraktionen und trifft sich am heutigen Dienstag dieser Woche zu ihrer konstituierenden Sitzung.

Wie die Gruppe in einem Positionspapier bekanntgab, will sie durch Informationsaustausch und koordinierte Initiativen dazu beitragen, "dass die Bahn schneller leise wird, insbesondere im Schienengüterverkehr". Verfasst wurde das Papier von den Initiatoren, Erwin Rüdell (CDU), Detlev Pilger (SPD) und Tabea Rößner (Grüne), zu deren Wahlkreisen das besonders vom Bahnlärm geplagte Mittelrheintal gehört.

Die Mannheimer Bundestags-Abgeordneten Stefan Rebmann (SPD) und Prof. Dr. Jüttner (CDU) haben sich der Gruppe ebenfalls angeschlossen. "Wir sind nicht gegen die Bahn!", heißt es in dem Positionspapier ausdrücklich. "Aber damit die Stimmung nicht umkippt, muss man am Rhein genauso wie an vielen anderen Orten mehr für den Lärmschutz tun."

Nachfahrverbote bei Verfehlung

Die Gruppe will sich unter anderem dafür einsetzen, dass die im Koalitionsvertrag für 2016 festgelegte Evaluierung der Umrüstung des in Deutschland verkehrenden Güterwaggonparks auf leisere Bremsen nicht nur durchgeführt wird, sondern auch die bei Nichterreichung des für 2016 geplanten Umrüstziels von 50 Prozent angedrohten Nachfahrverbote für laute Güterwaggons durchgesetzt werden.

In dieser Frage wird die Gruppe allerdings noch dicke Bretter bohren müssen, befürchtet BISS, denn aktuell signalisiere das Bundesverkehrsministerium nur wenig Interesse an der Umsetzung derartiger Maßnahmen. Im Gegenteil werde von dort gerade versucht, Druck auf die Schweiz auszuüben, damit das dort ab 2020 vorgesehene Durchfahrtsverbot für laute Güterzüge aufgeweicht wird.

Als erster Vertreter der in Deutschland gegen den Bahnlärm aktiven Bürgerinitiativen äußerte sich Ludwig Steininger, Sprecher der "Bürgergruppe für Sicherheit und Lärmschutz an der Bahn": "Solange sich die Abgeordnetengruppe Schienenlärm in der entscheidenden Frage der Wertigkeit der menschlichen Gesundheit und des menschlichen Lebens im Verhältnis zum politischen Ziel der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene nicht klar und eindeutig positioniert und zur Werteordnung des Grundgesetzes bekennt, solange erwarten wir uns von der Abgeordnetengruppe Schienenlärm keine Fortschritte."

Es dürfe nicht sein, dass Hunderte und Tausende Bahnlärmtote als "Kollateralschaden" der bundesrepublikanischen Eisenbahn- und Klimapolitik hingenommen werden. *kso*

© Hockheimer Tageszeitung, Dienstag, 27.01.2015